

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version
Zu viel Geld für die EU?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1996) : Zu viel Geld für die EU?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 8, pp. 384-

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/137376>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zahlt Deutschland zuviel an die EU? Und wenn ja, woran liegt es, und wie könnte es geändert werden? Der Finanzierungsbeitrag Deutschlands – wie der übrigen Mitgliedstaaten – wird zunächst von der Höhe und Zuwachsrate des EU-Haushalts bestimmt. In den acht Jahren von 1987 bis 1994, dem Jahr vor der „Norderweiterung“, hat sich der EU-Haushalt von 35,3 Mrd. ECU (73,1 Mrd. DM) auf 70,0 Mrd. ECU (134,7 Mrd. DM) verdoppelt. Dieser Anstieg „erklärt“ den weitaus größten Teil der Zunahme der deutschen Bruttozahlungen an die EU von 19,8 Mrd. DM auf 41,0 Mrd. DM im gleichen Zeitraum. 4,5 Mrd. DM sind dem Wiedervereinigungseffekt und Sonderentwicklungen zuzuschreiben. Will man das Wachstumstempo der Finanztransfers bremsen, dann muß demnach zunächst beim Haushalt selbst angesetzt werden. Ein erster Ansatzpunkt könnte darin liegen, die Ausgaben-Obergrenze auf dem derzeitigen Stand von 1,22% des Bruttosozialprodukts einzufrieren, d.h., die bis 1999 beschlossene Expansion auf 1,27% auszusetzen. Dies würde zugleich Spielraum schaffen für die Finanzierung mittel- und osteuropäischer Beitrittsländer.

Zwei große Ausgabenblöcke bestimmen die Entwicklung des EU-Haushalts: die Gemeinsame Agrarpolitik und die Struktur- und Kohäsionspolitik. Die Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik machen derzeit mit rund 77 Mrd. DM knapp die Hälfte des EU-Budgets aus. Ihr Anteil ist zwar seit den siebziger Jahren trendmäßig gesunken; absolut sind die Ausgaben aber ständig expandiert, und sie sollen nach der finanziellen Vorausschau bis 1999 weiter real steigen. Ökonomisch gibt es dafür keine Begründung. Ein zweiter Ansatzpunkt wäre demnach die Festschreibung der Agrarausgaben auf dem derzeitigen realen, besser noch nominalen Niveau – als Einstieg in eine grundlegendere, auf das Subsidiaritätsprinzip gestützte Reform. Die Struktur- und Kohäsionspolitik



Hans-Eckart Scharrer

Zu viel Geld für die EU?

beansprucht heute 33% des Gesamthaushalts und soll bis 1999 weiter auf 35% ansteigen. Hier empfiehlt sich – als dritter Ansatzpunkt – die Konzentration der Mittel auf die Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand und die Senkung der Beteiligungssätze der Gemeinschaft von 75 % auf 50 %, wie es von Finanzstaatssekretär Stark kürzlich gefordert wurde. Damit könnte die ökonomische Effizienz der Strukturpolitik gesteigert und zugleich ein Spareffekt erzielt werden.

Neben dem Volumen des EU-Haushalts ist es der Finanzierungsschlüssel, der den Bruttobeitrag der einzelnen Mitgliedstaaten bestimmt. Bei einem Anteil am Bruttosozialprodukt der EU von 28,1% hat Deutschland 1995 29,3% der Eigenmittel der Gemeinschaft eingebracht. Gemessen allein an den Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmitteln, bei denen eine nationale Zurechenbarkeit am ehesten gegeben ist, erreicht der deutsche Anteil sogar 30,1%. Nach dem ersten Maßstab hätte Deutschland rund 840 Mill. ECU (1,6 Mrd. DM), nach dem zweiten 1,1 Mrd. ECU (2,1 Mrd. DM) „zuviel“ Steuern und Abgaben an die EU abgeführt. Dies gilt freilich auch für andere Länder und ist nicht zuletzt auf den Beitragsrabatt für Großbritannien in Höhe von insgesamt 1,5 Mrd. ECU (davon 333 Mill. ECU = 623 Mill. DM

zu Lasten Deutschlands) zurückzuführen. Ein vierter Ansatzpunkt ist deshalb die Verbesserung des Aufkommensschlüssels: durch Abschaffung des Rabatts für Großbritannien nach 1999 und die Fixierung einer einheitlichen Obergrenze für die Summe der von jedem Mitgliedstaat abzuführenden Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel, die sich nach dem Bruttosozialprodukt des Mitgliedstaates – und nicht der EU insgesamt – bemisst. Aus deutscher Sicht kaum attraktiv erscheint hingegen die Umstellung auf eine Bemessungsgrundlage, die vor allem am Pro-Kopf-BSP ansetzt: Die Bundesrepublik als Hochinkommensland könnte dabei nicht gewinnen.

Das eigentliche Problem sind indes nicht die Finanzleistungen an die EU, sondern die Rückflüsse in die Bundesrepublik und somit die deutsche „Nettozahlerposition“. Dabei sollte eines klar sein: In einer auf Solidarität gegründeten EU wird die einkommensstarke Bundesrepublik weiterhin Nettozahler bleiben müssen. Anstoß muß freilich die stark verzerrte Lastenverteilung erregen: Nach den in der öffentlichen Diskussion genannten Zahlen kam Deutschland 1995 mit 22 Mrd. DM allein für 63% aller Nettozahlungen auf, gefolgt von Großbritannien mit 6,6 Mrd. DM; aber auch das deutlich einkommensschwächere Italien gehörte mit 1,3 Mrd. DM zu den Nettozahlern. So reiche Länder wie Dänemark und – als Behördensitze – Luxemburg und Belgien gehörten hingegen zu den Nettoempfängern. Die schiefe Verteilung ist eine Folge der Ausgabenstruktur der EU mit der bereits erwähnten Konzentration auf Agrar- und Struktur Ausgaben. Die Lösung liegt daher mittelfristig in einer Reform dieser Politiken, zwischenzeitlich indessen in einem neugestalteten finanziellen Korrekturmechanismus, der unter den einkommensstärkeren Ländern für eine angemessene Lastenverteilung pro Kopf der Bevölkerung sorgt.